

1 **118. FDP-Landesparteitag, 01. & 02.04.2023**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 LFA 3 Bildung, Wissenschaft, Forschung

7 LFA 1 Europa, Internationale Politik

8

9

Drs.: A2301/09

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

10

11

12

13 **Freiheit der Rüstungsforschung an**
14 **Universitäten und außeruniversitären**
15 **Forschungseinrichtungen**

16

17 Der Landesparteitag möge beschließen:

18

19 Die FDP Hamburg unterstützt eine Initiative auf Bundesebene, die Zusammenarbeit
20 universitärer Forscher und Forscherinnen (und allgemein ziviler Forschung) mit
21 militärischer Forschung zu ermöglichen und zu unterstützen. Ein Forschungs-
22 förderungsprogramm zu Dual-Use-Fragestellungen in Kooperation zwischen BMBF
23 und BMVg kann geeignete Impulse setzen. Begleitend soll eine Diskussion in den
24 Ländern zur Angemessenheit bestehender "Zivilklauseln" angeregt werden. Die
25 Bundestagsfraktion und die liberalen Vertreter in der Bundesregierung werden
26 aufgerufen, sich in diesem Sinne einzusetzen. Insgesamt ist eine Enttabuisierung
27 militärischer Forschung dringend erforderlich.

28

29

30 **Begründung:**

31

32 Länder wie USA und Israel sind führend in Kernbereichen moderner und zukünftiger
33 Verteidigungstechnologie wie beispielsweise Drohnen, Cyberdefense und sicherer
34 KI. Entscheidend für den Erfolg dieser Länder ist eine enge Koppelung zwischen
35 universitärer Grundlagenforschung und Dual-Use-Fragestellungen, die für
36 Rüstungsforschung sehr fruchtbar sein können, aber auch innovative zivile Produkte
37 für die Weltmärkte anstoßen. Beispielsweise haben die USA mit
38 Forschungsagenturen wie der DARPA das Internet, die GPS-Technologie und Deep
39 Learning (via Office of Naval Research) initiiert. Diese Forschungsergebnisse
40 entstanden in enger Kooperation von Spitzenuniversitäten mit militärischen
41 Einrichtungen. Eine deutsche Forschungsstrategie sollte den Spirit der DARPA
42 aufgreifen und in enger Abstimmung zwischen BMBF und BMVg gezielt Dual-Use-
43 Fragestellungen identifizieren und fördern. Die an Universitäten weit verbreiteten
44 Zivilklauseln, die Kooperationen mit militärischen Forschungseinrichtungen verbieten,
45 kann man in der neuen Sicherheitslage als überholt und hinderlich ansehen. Wir
46 fordern mit unserer Initiative insbesondere das BMBF auf, in seiner
47 Forschungsstrategie eine bessere Vernetzung zwischen universitärer Forschung und
48 Rüstungsforschung anzustreben.